

3 Die Abstimmung: Das „Nein“ zur Kriegsforschung hat Bedeutung.

„Wenn Menschen widerstehen, handeln Tatsachen.“

Heinrich Mann, 1936.

Abstimmungsergebnis:

65,4% Ja
19,7% Nein
14,9% Enthaltung

Der Text, über den abgestimmt wurde:

Ich spreche mich dafür aus, dass folgender Passus in die Grundordnung der Universität zu Köln in den Paragraphen 2 „Hochschulaufgaben“, Punkt 1, aufgenommen wird:

„Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“

Bei einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von knapp 20% stimmte eine deutliche Mehrheit von 65,4% (ca. 5.000 Studierende) für die vom Studierendenparlament vorgeschlagene Zivilklausel. Bedeutsam an diesem Ergebnis war zusätzlich, dass an allen Urnenstandorten die Ja-Stimmen höher waren als die Nein-Stimmen. Mit der Abstimmung ist es gelungen, das Erfordernis ziviler Wissenschaft in und außerhalb der Hochschule auf die Tagesordnung zu setzen. Zum ersten Mal nach elf Jahren kam, nicht zuletzt auf Grundlage der Bündnisarbeit für die Zivilklausel, ein linker AStA zustande.

Pressemitteilung vom AK Zivilklausel zum Ergebnis der Abstimmung vom 20. Dezember 2010:

Pressemitteilung

**Studierende votieren gegen Kriegsforschung:
Fast 2/3 für eine Zivilklausel an der Uni Köln.**

Zivilklausel

„Wir sagen Nein zur zunehmenden Militarisierung. Deutschland führt wieder Krieg, das kann selbst die Bundeskanzlerin nicht mehr verschweigen. Die Bundeswehr soll verstärkt zu einer ‚Armee im Einsatz‘ umgewandelt werden, das heißt global zur Kriegsführung eingesetzt werden. Statt Völkerverständigung und internationaler Zusammenarbeit zur Lösung der globalen Probleme werden so weitere Aufrüstung und Krieg befördert. Forschung für die Bundeswehr und Rüstungsunternehmen tragen zu dieser Entwicklung bei. Die Zivilklausel bedeutet dagegen, dass die Hochschule als zivile Einrichtung zur Beendigung von Krieg sowie zur zivilen Lösung von Konflikten beitragen kann und muss“, ergänzt Felix von Massenbach, ebenfalls vom Arbeitskreis Zivilklausel.

Die Reaktion des Rektorats

Die Antwort des Rektorats. Hat echt Aufklärungspotenzial!
Ausschnitte aus einem Artikel von Lukas Böckmann in der Kölner StadtRevue zur Zivilklausel-Abstimmung vom Januar 2011:

Helm ab zum Studieren

Die Studierenden der Uni Köln haben sich gegen militärische Forschung ausgesprochen. Das Rektorat hat dafür wenig Verständnis

gründlich.

Die Leitung der Kölner Uni hat wenig Verständnis für das Anliegen. Sie will laut Pressesprecher Patrick Honecker zunächst prüfen, inwieweit die Klausel mit dem Grundgesetz vereinbar sei. »Wir sind der Meinung, dass hier die Wissenschaftsfreiheit betroffen ist. Wissenschaft muss frei darüber entscheiden, was sie in welcher Art

und Weise transparent macht.«

Doch selbst, wenn sich die Zivilklausel als verfassungsmäßig erweist, sieht man im Rektorat keinen Handlungsbedarf, da sich nur ein Teil der Hochschulangehörigen für die Selbstverpflichtung ausgesprochen habe. Mitarbeiter seien gar nicht berücksichtigt worden, sagt Honecker. »Wenn wir Minderheitenmeinungen zur Grundlage unserer Entscheidungen machen, dann müsste man grundsätzlich fragen, ob das Demokratie ist.« Zum Vergleich: Fast 5000 Studierende haben sich für die Zivilklausel ausgesprochen, insgesamt beschäftigt die Uni knapp 4500 Mitarbeiter.

app 4500 Mit

Natürlich sei auch der Hochschulleitung klar, dass in der Bevölkerung ein breiter Konsens darüber herrsche, dass keine Forschung betrieben werden solle, die kriegerische Handlungen begünstigt. Allerdings müsse auch berücksichtigt werden, meint Honecker, dass über diese Forschung Arbeitsplätze und Wohlstand generiert würden. »Als Rüstungsproduzent sind wir auch einer der Exportweltmeister. Letztendlich muss jede Institution für sich entscheiden, wie sie damit umgeht.«

Zur Kontroverse um die Freiheit der Wissenschaft – wessen Freiheit? Und Freiheit wozu? Artikel von Marcus Meier im Neuen Deutschland.

Langer Weg zur Zivilklausel

Studierende streiten in Köln mit Rektorat um Abschaffung der Rüstungsforschung

Von Marcus Meier, Köln

„s, gläubig...
»Im Grundgesetz geht es um die Realisierung der Menschenwürde, des Allgemeinwohls und des Friedens als Konsequenz aus dem Antifaschismus.« Die Forschungsfreiheit bedeute »sicherlich nicht die Freiheit von Partikularinteressen wie diejenigen der Rüstungsindustrie oder sonstiger Geldgeber«.

Erstaunliche Reaktionen aus der bürgerlichen Presse:

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Wenn sie dir morgen befehlen...

An deutschen Hochschulen wird auch militärische Forschung betrieben. Dagegen wendet sich eine immer größer werdende, sogenannte Zivilklausel-Bewegung.

Gutachten
rung der
ruhe (H
in 1971